Empörung über Aussagen zu Abwasserbeiträgen

„Kommunalaufsichten sind gefordert, dass nicht unsinnige Leitungen verlegt werden“

Mit dem Thema „Abwasserbeiträge“ befasst sich TLZ-Leser Horst Reising aus Waltershausen:

Zum Thema „Abwasserbeiträge bleiben bestehen“ erklärte sich jüngst der Gothaer SPD-Landtagsabgeordnete Matthias Hey in der TLZ. Als Begründung führte er hohe Investitionskosten bei der Abwasserentsorgung an, und bei einem Verbot der Beitragsfinanzierung würden die Gebühren erheblich steigen. Bis heute hat Herr Hey den Beweis durch korrekte Berechnungen seiner Aussage nicht erbringen können. Die von Beiträgen betroffenen Bürger Thüringens sind empört über derartige Aussagen. Von der SPD, die immer von sich behauptet, sie sei die einzige Partei, die für soziale Gerechtigkeit einsteht, erwarten

In der Kritik: Matthias Hey (SPD). Foto: Peter Michaelis

die Bürger Thüringens andere Aussagen. Von Gerechtigkeit ist Herr Hey meilenweit entfernt. Herr Hey sollte sich einmal sachkundig machen: Dabei würde er feststellen, dass unzählige Wasserverbände in Thüringen die ruinösen und unsozialen Beiträge nicht erheben und die Gebühren unseren im Kreis Gotha zum Beispiel gleichen.

Hier sind die Kommunalaufsichten gefordert, dass nicht unsinnige Abwasserleitungen wie in Seebergen oder vom Emsetal mit circa 3000 Einwohnern bis ins Erbstromtal hinter Eisenach verlegt werden. Derartige Baumaßnahmen verteuern natürlich die Gebühren erheblich. Die jeweils beste Lösung sollte durch Ausschreibung der Baumaßnahmen erfolgen.

In der Vergangenheit haben sich öfters die Partei der Linken und Bündnis 90/Die Grünen für die Abschaffung dieser unsozialen Beiträge ausgesprochen. Als Blockierer der Abschaffung der Beitragserhebung hat sich die SPD schon unter Lieberknecht/CDU keinen guten Namen gemacht.

Kein Wunder, dass SPD unter die Räder kommt

Es ist kein Wunder, dass die SPD regelrecht unter die Räder kommt. Die Genossen haben bis heute nicht erkannt, dass sich die Bürger nicht länger von der SPD verdummen lassen, ihre schlechten Wahlergebnisse sind ein Beleg dafür. Es ist höchste Zeit, dass sich der SPD-Innenminister Holger Poppenhäger zu diesem brisanten Thema einmal äußert.

20 Jahre kämpfen bereits die Bürgerinitiativen Thüringens gegen die überhöhten Kommunalabgaben, und dies muss ein Ende haben. Die Bürger Thüringens haben ein Recht darauf, mit Bürgern in anderen Bundesländern gleichbehandelt zu werden.

Gegenwärtig ist die SPD nicht mehr wählbar. Zu DDR-Zeiten sind viele Bürger schon drangsaliert worden, und heutzutage geht es weiter.

Ich möchte dabei nur erinnern, dass ich 1962 sieben BRD-Flüchtlinge unter Polizeiaufsicht ins eigene Haus aufnehmen musste, obwohl Eigenbedarf bestand. Selbige Familie wurde nach zwei Jahren durch Gerichtsurteil wieder in die BRD ausgewiesen. Die entstandenen Kosten durch Ruinierung der gesamten Wohnung und der enormen Mietschulden wurden nicht ersetzt.

TLZ 31.07.15